

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Start-ups brauchen endlich bessere Rahmenbedingungen!

Die Start-ups von heute sind der innovative Mittelstand von morgen. Obwohl die Politik das erkannt hat, hapert es bei den Bedingungen für Gründer nach wie vor. Die IHKs haben bundesweit rund 300 Start-ups gefragt, wie eine künftige Bundesregierung den Standort Deutschland für sie attraktiver machen könnte.

Finanzierungsbedingungen verbessern

■ Für nahezu jedes zweite Start-up sind die Anträge für öffentliche Fördermittel zu kompliziert. Auch der Zugang zu Wagniskapital ist noch schwierig. Ein Drittel der Start-ups fordert Erleichterungen. Viele Innovationen verlangen Spezialwissen, das mit Generalisten-Know-how von Fremdfinanzierungspartnern häufig nicht vollständig abgedeckt werden kann. Hier helfen branchenkundige Venture-Capital-Finanzierer. Für diese Investoren ist es eine Erleichterung, wenn sie beim Einstieg vorhandene Verluste auch weiterhin steuerlich geltend machen können. Diese Regeln sind zwar kürzlich verbessert worden, der Gesetzgeber knüpft das aber an zu restriktive Voraussetzungen: Das Start-up muss sein Geschäftsmodell so lange beibehalten, bis seine Verluste durch Gewinne verbraucht wurden. Das kann mitunter Jahre dauern und widerspricht der Herausforderung der Start-ups, sich immer wieder neu zu erfinden. Gerade mit Blick auf die hohe Innovationsschlagzahl vieler Start-ups muss hier nachgebessert werden.

Bürokratie? Nein danke!

■ Digitales Business erfordert rasches Handeln. Da wiegen Zeitverluste infolge von Bürokratie schwer. Knapp die Hälfte der Start-ups fordert deshalb spürbare Vereinfachungen im Steuerrecht, ein gutes Drittel konsequenten Bürokratieabbau auf weiteren Feldern. Sie wünschen sich eine Anlaufstelle, über die Anmeldungen und Genehmigungen erledigt werden können. Ein wichtiges Ziel beim E-Government ist es, die 100 meistgenutzten Verwaltungsdienstleistungen online anzubieten. Gerade für technologieorientierte Start-ups wäre zudem eine steuerliche Forschungsförderung wichtig. Das könnte eine ideale Ergänzung zur Projektförderung sein. Auch mit kleinen steuerlichen Maßnahmen könnte die künftige Regierung punkten: Gründer sollten ihre Umsatzsteuervoranmeldung nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich erledigen dürfen.

Ohne leistungsfähige Netze geht gar nichts

■ Vor allem in ländlichen Regionen fordern Start-ups eine bessere IT-Infrastruktur. Deshalb plädiert der DIHK nachdrücklich für eine flächendeckende Glasfaser- und moderne Mobil-Infrastruktur. Nur mit leistungsfähigem Netz können innovative Start-ups überall in Deutschland erfolgreich sein. Ein gutes Netz ist aber nicht nur technisch zu verstehen. Rund 26 Prozent setzen auf eine bessere „Vernetzung“ mit der etablierten Wirtschaft, 22 Prozent auf einen leichteren Zugang zu internationalen Märkten. Hier will die IHK-Organisation selbst ansetzen: Derzeit entstehen, flankiert von der Politik, auch überregionale Plattformen mit Beteiligung von IHKs, Finanzierungspartnern und weiteren gründungsrelevanten Institutionen, die Online-Service mit persönlicher Beratung verbinden. Darüber hinaus bleibt die Bundespolitik jedoch weiter gefordert: Es liegt nun an den Koalitionären in spe, beim Thema Start-ups endlich mehr zu bewegen.